

Die Kriegs- und Friedensfragen in Rußland

Petersburg, 14. April. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Erörterungen über die beiden ersten Punkte des Programms des Kongresses der Reichsabgeordneten des Arbeiter- und Soldatenkongresses sind deutlich die beiden sich bekämpfenden Hauptströmungen erkennen. Die überwiegende Mehrheit hält an der durch den Vollziehungsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte vorgeschlagenen Entschließung über die Kriegesfrage fest, während die Minderheit der Kongreßteilnehmer, namentlich die extremen Sozialdemokraten, nicht nur den Verzicht auf Annerkung und Entschädigungen für unerlässlich halten, sondern auch einen baldigen Friedensschluß. Es ist bezeichnend, daß zahlreiche Zufuhrträge auf der Entschließung über den Krieg, die von den extremen Sozialdemokraten eingebracht waren, von einer überwältigenden Mehrheit verworfen wurden, und daß dieselbe Mehrheit die von einem Soldaten vorgeschlagenen Zufuhrträge annahm, die auf der Annahme von Operationen an der Front bestanden. Im Laufe der Erörterungen über die Kriegesfrage sprachen sich die Redner der Kongresse des Arbeiter- und Soldatenkongresses mit Eifer aus diesem Kampfe hervor. Der Kongreß nahm dieselben Vorschlag mit Begeisterung auf und drückte seine Entschlossenheit und seinen Widerstand durch Pfeifen und die Rufe „Nieder“ aus, als ein extremer Sozialdemokrat erklärte, daß Rußland den Krieg fortsetze, weil es an die Bourgeoisie Englands und Frankreichs gebunden sei. Aus den heutigen Erörterungen über die Entschlossenheit bezüglich der Haltung gegenüber der provisorischen Regierung, die von dem Vollziehungsausschuß des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten vorgeschlagen war, kann man annehmen, daß das Verhältnis zwischen den beiden Parteien des Kongresses daselbst bleiben wird wie in der Kriegesfrage. Die extremen Sozialdemokraten fordern den Kongreß auf, der provisorischen Regierung kein Mißtrauen auszusprechen, während der Kongreß den Ausschüssen des Ministes des Vollziehungsausschusses Zuerstimmungen der genannten Entschlüsse mit größter Aufmerksamkeit verfolgte und sie mit begeistertem Beifall aufnahm.

Bei diesen Ausführungen ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß sie von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet werden, die bekanntlich unter dem vollen Einfluß der provisorischen Regierung steht. Der „Temp“ ist über die Erörterungen in Petersburg als Vertreter der italienischen Sozialisten sehr verstimmt. Die Wahl dieses deutschfreundlichen Zeitungsverlegers, der die Zimmerwörter und die sozialistische Zusammenkunft aufzuheben beabsichtigt, zu weiterschickenden Besorgnissen.

Ungarn zur Antwort an die russische Regierung

Budapest, 15. April. Sämtliche Blätter begrüßen die Verlautbarung des Auswärtigen Amtes, die die Proklamation der provisorischen russischen Regierung beantwortet und rühmen die Einsicht der auswärtigen Zeitung, welche den richtigen Augenblick erfaßt hat, den Machenschaften der Kriegsheber der Entente in Rußland entgegenzutreten. „Weiter Vord“ sagt:

„An der Schicksal und dem Bestimmung des Großen Caesars, daß die Österreichisch-Ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung übereinstimmend für beide Teile einen ehrenvollen Frieden anstreben, werden in Rußland alle Schicksal und jeglicher Druck der Entente zu Schwanden werden müssen. „Wannpest hierauf“ denkt den Wunsch aus, daß diese Kundgebung den Weg zum russischen Volk finden möge, welches bezüglich der Kriegesziele und der künftigen friedlichen Entwicklung keinerlei Gegenstand Ungarns schwebt. „An u. J.“ schreibt: Wenn die provisorische russische Regierung von dem Wunsche, die Entente zu erzwingen, welche das russische Volk darüber befragt, daß es nicht genugsam ist, weiterhin für seine Selbstverteidigung zu kämpfen, kann es in der geringen Verlautbarung des Auswärtigen Amtes darüber volle Beruhigung und gleichzeitig die Freude finden, welche eine Annäherung ermöglicht. „Welt Volk“ meint, möge nur dieser Schritt von Erfolg gekrönt sein oder nicht, er wird die abgeleitete Menschlichkeit und die ehe demokratische Gewinnung unserer auswärtigen Politik für alle Zeiten voll verdienen. Er kann nicht mißachtet werden. Darum kann man weder Schwäche, noch Erschöpfung herablassen, sondern wollen auszuhalten mit demjenigen, welche selbst den Frieden erzwängen.

„Rovnoje Wremja“ hat zu dem Zwecke der weiteren Kriegesfrage in Rußland das W. A. M. wiederholt. Kaiser Wilhelm habe im Jahre 1905 der russischen Regierung angeboten, deutsche Truppen für die Unterdrückung der Unruhen in Polen und in Ostlithum nach Rußland zu senden. Diese Werbung ist eine jener Lügen, von man sie schon seit Jahren in Rußland verbreitet, um die Sege gegen Deutschland im Gange zu halten.

Die russischen Truppen in Frankreich und die Revolution

Darf man unteren russischen Vorkämpfern, die in Owers in Aufbebung liegen, heißt es in „Victoire“ vom 11. April, lassen, daß in Rußland eine Revolution stattgefunden hat, daß die Republik proklamiert wurde und daß die Soldaten freie Männer geworden sind, die von ihren Offizieren als solche behandelt werden sollten? Darf man aber auch den russischen Offizieren in Owers lassen, daß sich die Revolution, wenn sie auch nicht mit ihr zurückziehen sein werden, gleichwohl vollzogen hat, und daß sie den Offizieren verbietet, Soldaten der Republik zu schlagen?

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 15. April. Generalstabesbericht vom 14. April. Mazedonische Front: Lebhaftes Feuer der feindlichen Artillerie und Maschinengewehre auf unsere Stellungen längs des Doiran-Sees. An der übrigen Front nur vereinzeltes Artilleriefeuer. Wie verstanden durch unser Feuer zwei feindliche Infanterie-Abteilungen, die sich von Guebeli vorzudringen verstanden.

Front am Ägäischen Meer: Ein feindlicher Kreuzer beschoß erfolglos unsere Stellungen bei Debal an der Mündung von Orfano. Ein anderes Schiff warf einige Granaten auf die Küste von Rawalia.

Mittelasiatische Front: Diebstahl von 200000 Rubel Geldes durch die Russen. Diebstahl von 200000 Rubel Geldes durch die Russen. Diebstahl von 200000 Rubel Geldes durch die Russen.

England vor völliger Aushungerung

Amsterdam, 15. April. „Daily News“ vom 11. April zufolge führte auf der Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei in West-End der Vertreter von Manchester, Birmingham, aus, und seinen Informationen werde sich England in längstens sechs bis acht Wochen im Zustande völliger Aushungerung befinden.

Die unabhängige Arbeiterpartei Zeitung „Der Volk“ führte unter dem 14. April folgende Artikel: Die von Lord George aus, die Ausführungen des Ministers zur Schiffsfrage seien ein öffentliches Anerkenntnis der Berechtigung der deutschen Auffassung. Die Ausführungen Lord Georges könne man sehr wohl als „Hilflos“ bezeichnen.

In einem Artikel über die russische Neutralität äußert „Daily Chronicle“ Zweifel, ob die Admiralität sich in strategischer Hinsicht ausgeglichen habe. Das Blatt fragt, warum Angriffe auf die deutsche Flottenbasis in Prag, Lissa, die Admiralität habe neues Blut nötig und auch das Schlimmste geändert werden.

Das Londoner Schiffsverleihen „Fairplay“ berichtet über den englischen Frachtenmarkt: Das Gütergeschäft steht weiter infolge der Facharbeiterfrage und weniger still, das Schiffsraum schwer zu bekommen ist. Die das Geschäft beherrschenden Verleihen für die nächsten Monate, ist die demena je. Die profitabelsten müssen, um den nötigen neutralen Schiffsraum zu erlangen, durchbieten werden, aber neutrale Schiffe sind nur mit großen Schwierigkeiten zu erhalten.

Graf Tisza über Ungarns Stellung zu Amerika

Budapest, 15. April. Am Magnatenhaufe erklärte Ministerpräsident Graf Tisza in Beantwortung einer Interpellation des Grafen Anton Szilag, was die Frage bezüglich der Vereinigten Staaten anbelange, zu hätten, nachdem dieselben erklärt hätten, daß sie sich mit Deutschland im Kriegsallianz befänden, natürlicherweise die diplomatischen Beziehungen zu ihnen abgebrochen werden müßten. Von dieser Kontroverse ist jedoch keine Zeitungen zu finden, weder eine deutsche, noch eine englische im russischen Reich. So seien während seiner Krankheit durch den Finanzminister namens der ungarischen Regierung diesbezügliche Erklärungen abgegeben worden. Es falle niemanden ein, sich in die inneren Angelegenheiten des russischen Reiches einzumischen. Die Ereignisse dortselbst riefen in der Auffassung von den Zielen der Monarchie und in denen der Verbündeten, betreffend die Kriegführung, keinerlei Veränderung hervor.

Die Bildung eines Heeres im neuen Polen

Warschau, 13. April. Nummer 86 des „Goniec Wiczyorny“ leitet Artikel über die Bedeutung der Verbindungen Österreich-Ungarns und Deutschlands über das polnische Hilfskorps. Das Blatt weist besonders darauf hin, daß die Stellung des Hilfskorps unter der Befehl des Generals v. Wetzlar, über die rechtliche Stellung des polnischen Hilfskorps, welches bisher zwischen Himmel und Erde hing, entscheidet. Nicht hätte es nicht von dieser oder jener Macht ab, es sei nicht mehr freierwilliger Beistand, sondern eine besondere selbständige Einheit für sich. Da es keine polnische Seeführer in großem Maßstabe gäbe, müßte das polnische Korps, um möglichst reich in eine polnische Armee umgewandelt werden zu können, aus fremder Hand einen Führer bekommen, zumal die polnische Armee schon nach einigen Monaten der Ehre teilhaftig werden könne, die die Grenze Polens zu verteidigen.

„Organisatoren einer numerisch bedeutenden Armee haben nicht, sagt Wetzlar, es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die besten Organisatoren und Anführer von Armeen zur Zeit die Deutschen sind. Es ist gut, daß die Wahl der beiden Monarchen auf Wetzlar fiel. Er war einer derjenigen, die die polnischen Gebiete vom russischen Joch befreite. Er geht zu denjenigen, welche sich unter der Feder der Wiederherstellung des polnischen Staates interessieren und ihm aufrichtig hingegen sind. An die Aufrichtigkeit und die freundschaftlichen Gefühle Wetzlars glauben alle altbewährten Elemente Polens. Er wird auch die Anerkennung dieser Elemente bei der Bildung der polnischen Armee finden.“

Nicht könne man an die Bildung eines großen tatkräftigen Heeres herantreten. Es sei zu hoffen, daß der Stabsrat im Wege der Wagnersrefrakterierung die Nation zu den Waffen rufen werde.

Der Held von Tannenberg

Königsberg, 14. April. Der vor einiger Zeit in Berlin gegründete Verein „Tannenberg-Gedächtnis Halle“ auf der „Tannenberg“, der es sich um die Angelegenheiten der patriotischen Erinnerung an die gleichnamigen Heldentaten eine Gedächtnishalle zur Aufnahme von Trophäen und Erinnerungen an die in nächster Nähe geschahene Schlacht bei Tannenberg zu schaffen, ist in den Generalstabschef von Hindenburg mit der Bitte heranzutreten, den Ehrenvorsitz über den Verein zu übernehmen.

Der Feldmarschall hat dieser Bitte mit nachstehendem Schreiben an den Vereinsvorsitzenden Oberpräsidenten von Berg in Königsberg entprochen:

„Guter Geistesgenosse, erlaube ich auf das Schreiben vom 25. März für das ich bestens über den Verein „Tannenberg-Gedächtnishalle“ auf der Tannenberg“ zu übernehmen geneigt bin. Wichtige der Tannenbergereignis in Verbindung mit meinem Namen mit dazu beitragen, der Bestehen der Erinnerung an die große erste Zeit, insbesondere an die erstarrende Schlacht bei Tannenberg, noch zu halten. Meine besten Wünsche begleiten den Verein bei seiner weiteren Tätigkeit.“

Mit dem Ausdruck vorläufiger Hochachtung bin ich Ihr Ergebenster
(aus) von Hindenburg
Generalfeldmarschall.

Wendung des Wahlrechts in Hamburg

Hamburg, 14. April. Der Senat unterbreitete der Bürgerliste einen Antrag, wonach in Aussicht auf die Erfahrungen der Arbeiterpartei der Senat der Meinung ist, daß die unter anderen Verhältnissen eingeführte Vereinigung der wahlberechtigten Bürger auf zwei nach dem Einkommen getrennten Wählergruppen angelehnt der heute veränderlichen Sachlage nicht ferner beizubehalten sein werde. Um eine Wendung des Wahlgesetzes schon jetzt vorzubereiten, damit sie alsbald nach Beendigung des Krieges bei den Bürgerlistenwahlkreisen angewendet werden könne, sollen Vorarbeiten in die Hand einer aus Mitgliedern des Senates und der Bürgerliste gebildeten Kommission gesetzt werden. Von den vereinigten Liberalen war bereits vor einiger Zeit eine entsprechende Anregung ergegangen.

Munitionstransport auf Personendampfern

Vor kurzem konnte auf Grund englischer Zeitungen berichtet werden, daß der englische Passagierdampfer „Pallik“ mit der Unterführung amerikanischer Vorräte als Munitionstransportmittel verwendet worden ist und gleichzeitig mit 44 Passagieren eine volle Ladung Munition von den Vereinigten Staaten nach Liverpool gebracht hat. Diese Mißbräuchliche Verwendung von Personendampfern, die bisher von englischer Seite immer wieder abgelehnt worden ist, stellt nun seinen vereinzelt Fall dar, sondern nach weiteren englischen Zeitungsmitteilungen aus Kanada kam der Beweis als geführt angesehen werden, daß diese Gefährdung der Passagiere und die differenzierte Verwendung von Personendampfern zum Zwecke von Munitionstransporten von englischen Schiffahrtlinien geradezu zu einem System ausgebildet worden ist.

Die Zeitung „Mail u. Empire“ (Toronto) vom 15. Februar 1917 enthält außerordentlich interessante Angaben über mehrere derartige Transporte. Hiernach hat der Passagierdampfer „White-Star-Enterprise“ auf seiner Reise von New-York nach Liverpool zugleich mit Passagieren folgende Munitionsladung nach England hinüber gebracht: 1948 Fässer mit Granatshüssen, 176 Fässer mit Patronenshüssen, 1768 Fässer mit Gewehren, 500 Fässer Patronen, 1800 Fässer mit Geschützpatronen und Geschützteilen, 100 Fässer Schießpulver, 4 Fässer mit Geschützteilen und weiteren Kriegsmaterial, wie Automobilen, Aluminium, Kupfer usw. Ein weiterer Dampfer der Cunard-Linie „Carnegie“ brachte auf seiner Reise Anfang Februar d. J. ebenfalls Passagiere und Kriegsmaterial zu 4109 Fässer Granatshüssen und 800 Fässer Patronen nach Liverpool. Auch über die Ladung der „Pallik“ enthält die Zeitung interessante Einzelheiten. Hiernach hatte die „Pallik“ neben ihren 44 Passagieren folgende Ladung an Bord: 1252 Fässer Granatshüssen, 1200 Fässer Patronen, 780 Fässer Gewehre, 17 Fässer Schießpulver, 86 Fässer mit Geschützteilen, ferner ebenfalls Automobile, Kupfer, Aluminium und anderes Kriegsmaterial.

Nach englisch-amerikanischer Methode wären wohl zweifelsfrei diese Pakete verpackt worden, wenn diese Munitionsschiffe verkehren würden, und in diesem Unteranga der an Bord befindlichen Passagiere der Nachdruck gelegt worden sei. Das wohl ausgenommenen System kann nach den letzten Zeitungsmitteilungen dahin ausgebaut werden, daß je nach Bedarf der Charakter dieser Schiffe als „Personendampfer“ oder als „Munitionsschiffe“ von der englisch-amerikanischen Presse ausgehört wird.

Bausparbücher in Preußen

Die Rechtsvereinerung der Bausparbücher ist bereits in eine Reihe von außerpreussischen Bundesstaaten geschaffen. Von der preussischen Staatsregierung vor dem Kriege gleichfalls in Aussicht gestellt, konnte die Regelung im Wohnungsgesetzgebung nicht erfolgen, weil die Einrichtung der Bausparbücher erst dann in einem selbständigen Gesetz geregelt werden kann. Das Neue und Wesentliche der Bausparbücher, das damit Rechtsverhältnisse (a. B. dauernde und ständige) zu Bausparbüchern voll auszumachen) öffentlich, rechtlich gesichert werden sollen, die auf andere Weise bisher nicht dauernd gesichert werden konnten, deren Erhaltung aber nicht erfordern. Von den süddeutschen Bausparbüchern grundsätzlich abweichend, geht der preussische Gesetzgebung davon aus, daß das Bausparbuch nur für solche Fälle in Anwendung genommen werden soll, in denen es einen anderen Weg zur Sicherung der in Rede stehenden Verpflichtung nicht gibt; deshalb werden einerseits die Beiträge der Bausparbücher aus (die a. B. Sätzen und Württemberg eintragen lassen), da sie in Preußen bereits öffentliche Renten sind; ferner alle privatrechtlichen Einkommen und endlich die Ausbebringungen, da diese keine Anmahnungen, sondern von der Polizeibehörde nach dem öffentlichen Wohlgeheimrecht erzwingbare Verpflichtungen des betreffenden Eigentümers darstellen. Es bleiben also für die Eintragung in das Bausparbuch nur übrig die ungenutzten oder ungenutzten Bausparbücher. Diese erhalten die Eigenschaft als Bausparbücher erst durch die Eintragung. Das ist insbesondere aus der Wichtigkeit für Realberechtigter und Käufer, denn diese können sich hinsichtlich der Eintragungen darauf verlassen, daß andere als die eingetragen Bausparbücher nicht bestehen, und daß die Bausparbücher erloschen, wenn die Eintragung erfolgt ist. Der Inhalt der Bausparbücher ist im übrigen kein entscheidendes Bild der öffentlichen Renten des betreffenden Grundstücks überhaupt, und die Bausparbücher können sich über weitere, das Eigentumsrecht berührende Verhältnisse, insbesondere auch über etwaige noch zu zahlende Anteilsbeiträge durch Einschuldung der Bausparbücher oder bei der Gemeindeförderung zu unterrichten lassen. Der Entwurf hat davon abgesehen, die Anlegung von Bausparbüchern für alle Gemeinden zwingend vorzuschreiben, gleichviel, ob sich ein Bedürfnis dafür ergibt oder nicht, verlangt dies vielmehr nur vor denen mit mehr als 10000 Einwohnern, da es nicht erforderlich erschien, die Vorlieber kleinerer Gemeinden ohne besondere Veranlassung zur Beschaffung der Bücher zu nötigen, während bei Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern das Bedürfnis ohne weiteres unterstellt werden kann, und der Antrag zur Anlegung der Bücher die Polizei- und Gemeindeförderung und aus gleichem Grund die Eintragung führen wird, was in öffentlichen Nutzen ebenfalls erwünscht erscheint. Im übrigen wird eine Anmerkung an die Behörden dazu gemacht, daß von den Büchern weitgehend Gebrauch gemacht wird, da Obliegenheiten in kleinen und kleinen Orten, wie in den Großstädten vorzukommen können.

Ludwig Rammhoff

Warschau, 15. April. Der Erfinder des Speerpatent, Dr. Ludwig Rammhoff, ist gestern hier gestorben.

